

Geheim!

**12. NOVEMBER 1936**

**DER TSCHECHOSLOWAKISCHE MINISTERPRÄSIDENT DR. HODZA  
ZUR MINDERHEITENFRAGE.**

Der Sender Prag brachte am 11.11.36, 18,45 h, in deutscher Sprache die Rede des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodza, deren wichtigster Teil die Stellungnahme Hodza's zum Minderheitenproblem und zu der Sudetendeutschen Partei war.

Zu Beginn stellte Hodza fest, daß die Regierung bisher nicht an die Lösung des Minderheitenproblems herangehen konnte, da sie mit wichtigen wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Fragen voll beschäftigt war. Jetzt sei aber die Zeit gekommen, wo man an die Lösung der Minderheitenfrage herangehen könne. Zunächst müsse man gewisse Missverständnisse beseitigen, die in der allzustrengen Auslegung des Sprachgesetzes begründet seien. Es sei notwendig, dass Gemeinden, deren Einwohnerzahl 3000, und deren tschechische Minderheit 20% der Gesamtbevölkerung nicht übersteige, Erlasse auch in deutsche Sprache herausgeben können.

Die Regierung habe die feste Absicht, im Einvernehmen mit den deutschen Aktivisten an die Lösung des Minderheitenproblems heranzugehen, umso mehr, als diese deutschen Parteien infolge ihrer Erfahrungen und Eignung das Vertrauen auf tschechischer Seite genießen.

Es bestehe allerdings eine Schwierigkeit darin, dass sich die Sudetendeutsche Partei als die einzige Repräsentantin der deutschen Minderheit betrachte, und der Führer und Vorsitzende dieser Partei nicht Mitglied des Parlaments sei.

Die anfangs wertvolle Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Partei wie z.B. in den Verhandlungen über die Staatsverteidigungsanleihe sei durch Kundgebungen und Reisen des Parteiführers gestört worden.

Wenn auch die Sudetendeutsche Partei eine Brücke zwischen Prag und Berlin sein wolle, so habe diese Brücke die Belastung leider nicht vertragen. Trotz vielversprechender Anfänge sei der Weg zur Regierung nicht gefunden worden.

Hodza lehnte dann den Ausdruck ‚Angstpsychose‘ ab, wenn damit der Seelenzustand des tschechoslowakischen Volkes gegenüber dem Deutschen Reich gemeint sein solle. Ein solcher Zustand bestehe heute nicht mehr. Auch der Anspruch auf Autonomie sei abzulehnen, da es unmöglich sei, die überwiegend deutschen Gebieten wohnenden Tschechen zu opfern.

In wirtschaftlicher Hinsicht sei es der Regierung in diesem Jahr gelungen, 300 000 Personen wieder in den Arbeitsprozess einzuschalten. Von dieser erfreulichen Tatsache seien auch die nordböhmischen Notstandsgebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung betroffen. Den deutschen Beschwerden über angebliche Benachteiligung deutscher Firmen bei Vergebung von Staatsaufträgen werde objektiv nachgegangen werden.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich Dr. Hodza mit den Klagen der slowakischen Volkspartei und wies den Vorwurf einer Benachteiligung slowakischer Beamter zurück.

Am Schluß seiner Rede ging der Ministerpräsident noch in kurzen Ausführungen auf die Staatsschulden ein und erklärte, die Tschechoslowakei sei der einzige Staat in Mitteleuropa, der niemals die Schuldzahlung ins Ausland eingestellt habe.